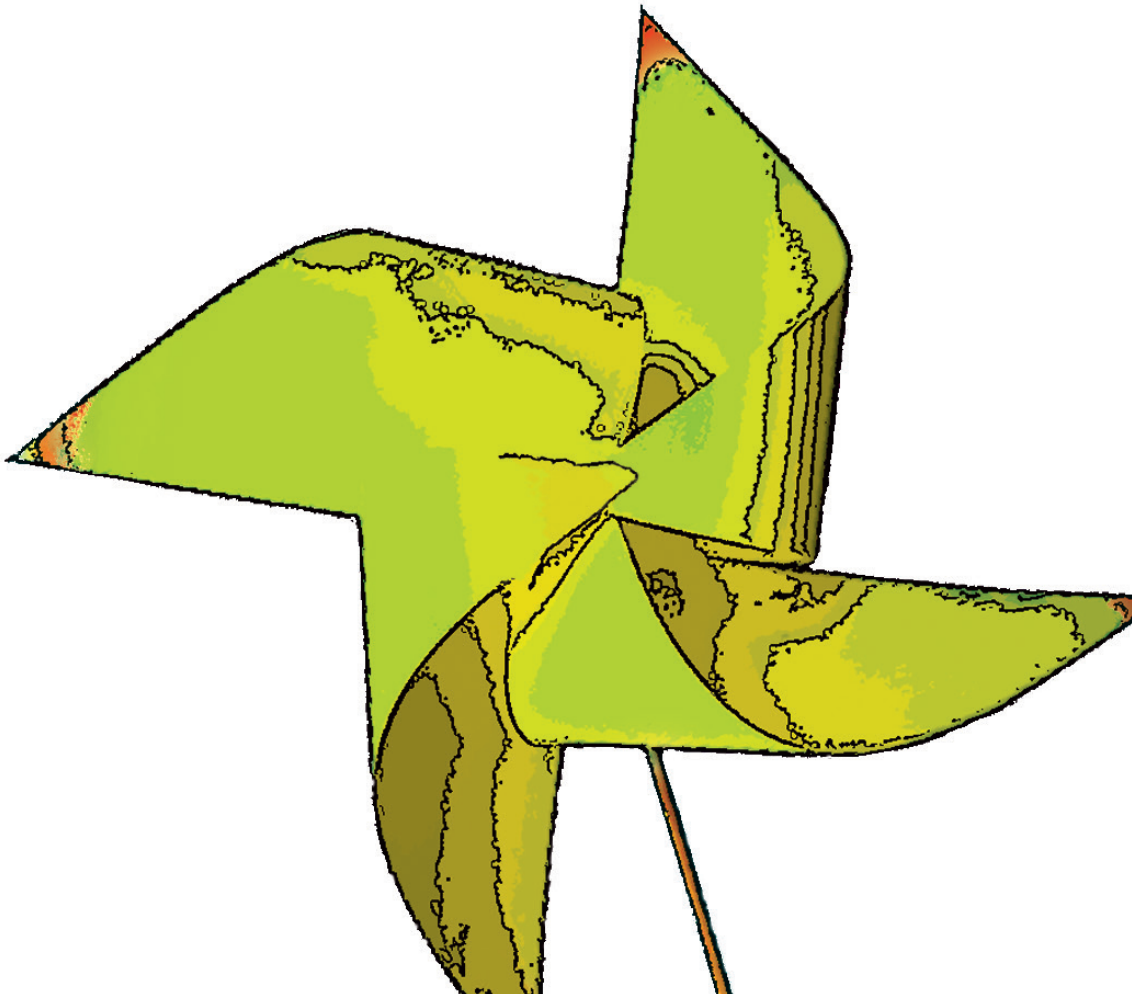


ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

JAMES ANGEL

STRATEGIEN DER ENERGIEDEMOKRATIE



INHALT

Einführung	5
Entwürfe für eine Energiedemokratie	8
Konkretisierung der Energiedemokratie	11
Progressive öffentliche Verwaltung	16
Energiearmut	18
Gewerkschaften und gerechter Übergang	22
Ausblick: Staat, Macht, Politik	24
Anhang: Hintergrund zum Bericht	28

ÜBER DEN AUTOR

James Angel ist ein Aktivist und Wissenschaftler aus London. Er arbeitet derzeit an seiner Doktorarbeit in Geographie am King's College London und untersucht Strategien der Energiedemokratie in Großbritannien.

EINFÜHRUNG¹

Da die Temperaturen weltweit steigen, geopolitische Konflikte über Vorstellungen der „Energiesicherheit“ intensiver werden und Menschen auf der ganzen Welt nicht imstande sind, ihre grundlegenden Energiebedürfnisse zu decken, scheint sich global ein Konsens über die Notwendigkeit einer „Energiewende“ zu CO₂-armen Energiequellen zu bilden. Die einvernehmliche Formulierung der kommenden Energiewende als „etwas, auf das wir uns alle einigen können“ kaschiert jedoch ein hart umkämpftes politisches Terrain.² Überall grassiert ein Kampf um Energie und dabei geraten jene, die in einen revitalisierten „grünen Kapitalismus“ investiert haben, in Widerstreit mit den Bewegungen, die emanzipatorische Energiealternativen fordern.

Doch zu häufig wird die Energiedebatte auf Fragen der Wissenschaft (Welchen Kohlenstoffanteil in der Atmosphäre sollten wir verfolgen?), Fragen der Technik (Für welches Techno-Allheilmittel sollten wir uns als Nächstes stark machen?), Fragen der Ökonomie (Wann wird Solar oder Wind so billig sein wie Kohle?) oder Fragen des Elite-Managements (Was können die „Experten“ bei BP/der EU/der UNO tun, um uns zu retten?) reduziert. Wenn wir Fragen der Energiewende ihrer politischen Inhalte berauben, versuchen die Mächtigen gefährliche Fragen ins Abseits zu drängen: Fragen darüber, wer von einer Wende profitiert oder dadurch verliert, wessen Stimmen gehört werden, welche Arten von Energie-Arrangements für die Mehrheit von uns wünschenswert sind und welche nicht.

1 Dieser Einführungsabschnitt stützt sich deutlich auf Tazio Müllers Eröffnungsrede beim Workshop Strategien der Energiedemokratie, der vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1.-2. Oktober 2015 organisiert wurde.

2 Siehe: Swyngedouw, E. (2010) „Apocalypse Forever? Post-Political Populism and the Spectre of Climate Change“. *Theory Culture and Society* 27(2-3), 213-232.



Diejenigen von uns, die versuchen, den Status quo in Sachen Energie herauszufordern, müssen politische Fragen – Fragen über Interessenskonflikte, Kontrolle und Eigentum, Kolonialismus, Klasse, Geschlecht, ethnische Herkunft, kurz gesagt, Fragen der Macht – ins Zentrum der Energiedebatte rücken. In diesem Zusammenhang sind Diskurs und Agenda der *Energiedemokratie* entstanden. Der Appell an *Demokratie* bietet einen expliziten politischen Anspruch: Während unsere GegnerInnen versuchen, ihren Würgegriff um die Macht (politische Macht, wirtschaftliche Macht und die Macht, die unsere Gesellschaft antreibt) zu erhöhen, müssen wir uns diese Macht zurückholen.

Außerdem besteht die Hoffnung, dass eine Energiedemokratie neue Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Umweltbewegungen und Bewegungen für Gerechtigkeit in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt eröffnet. Diese Bewegungen hatten in der Vergangenheit normalerweise aufgrund unterschiedlicher Klassenherkunft, abweichender politischer Traditionen und manchmal direkt gegensätzlicher Absichten und Interessen Mühe, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Unsere GegnerInnen spielen eine aktive Rolle bei der Erzeugung und Ausnutzung dieser Unterschiede und spielen uns dabei gewöhnlich mit einer Reihe von Lügen gegeneinander aus: Arbeitsplätze oder Klima; fossile Brennstoffe oder höhere Energiekosten. Wenn wir die Forderung nach CO₂-armer Energie mit Forderungen nach Demokratie am Arbeitsplatz, erschwinglichen Tarifen und einer gerechten Wende kombinieren, könnte die Agenda der Energiedemokratie einen Anfang machen und ein Bewusstsein für gemeinsamen Kampf und gegenseitige Solidarität schaffen.



In den Jahren seit Geburt der Agenda für Energiedemokratie wurde bereits eine Menge erreicht. Der Begriff hat sich im gesamten europäischen Kampf für Klimagerechtigkeit bis hin zu einigen Gewerkschaften verbreitet.³ Diskurse zur Energiedemokratie sind bis in die Hochschulen⁴ und sogar politische Parteien und linke Regierungen vorgedrungen.⁵ Mittlerweile werden Energiegenossenschaften in Gemeinschaftsbesitz immer allgegenwärtiger: Jenseits der traditionellen Hochburgen Deutschlands (wo laut einigen Berechnungen die Hälfte des aufstrebenden Sektors für erneuerbare Energien im Besitz von Genossenschaften ist)⁶ und Dänemark (wo 23 % der Windenergie von Genossenschaften für erneuerbare Energien stammen)⁷, macht das Modell nun auch in Südeuropa und Großbritannien Schule.⁸ Die Energiedemokratie bewegt sich über die lokale Ebene hinaus, dabei sind interessante kommunale, regionale und nationale Versuche im Gange.

Das Aufkommen linker Wahlprojekte in ganz Europa verlangt eine rasche Konkretisierung des Energiedemokratie-Projekts: Für fortschrittliche PolitikerInnen und MinisterInnen, die rasch neue Energiewege einschlagen möchten, brauchen wir klare Antworten auf schwierige Fragen: von Finanzierungsmöglichkeiten über neue Modelle der öffentlichen Verwaltung bis zu Umstellungsstrategien für die Industrie. Dieser Bericht möchte die bestehenden Debatten verdeutlichen, neue Fragen erschließen und dabei mitwirken, uns den erforderlichen Antworten ein Stück zu nähern.

-
- 3 Siehe Plattform (2014) „Energy Beyond Neoliberalism“ Soundings 59, 96-114; Sweeney, S. (2012) Resist, Reclaim, Restructure New York: University of Cornell Global Labour Institute.
 - 4 Becker, S. und Kunze, C. (2014) „Transcending community energy: collective and politically motivated projects in renewable energy (CPE) across Europe“ People, Place and Polity 8(3), 180-191.
 - 5 Siehe z.B. auch die Rede der britischen Schatten-Staatssekretärin für Energie Lisa Nandy auf der Konferenz der Labour-Partei im September 2015, verfügbar unter: <http://press.labour.org.uk/post/130122805099/speech-by-lisa-nandy-to-labour-party-annual>.
 - 6 Die Wende – Energie in Bürgerhand, Agentur für Erneuerbare Energien (2013). „Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland“ Lüneburg. Verfügbar unter: http://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Studien/Studie_Definition_und_Marktanalyse_von_Buergerenergie_in_Deutschland_BBEEn.pdf
 - 7 Haas, T. (2012) „Greening the Economy?“ Verfügbar unter: <http://arranca.org/ausgabe/45/greening-the-economy>
 - 8 Kunze, C. und Becker, S. (2014) Energiedemokratie in Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Verfügbar unter: <http://rosalux-europa.info/publications/books/Energy-democracy-in-Europe/>.



ENTWÜRFE FÜR EINE ENERGIEDEMOKRATIE⁹

„ENERGIEDEMOKRATIE“ ALS UMSTRITTENER BEGRIFF

Die Ursprünge des Konzepts der „Energiedemokratie“ liegen in der deutschen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Beim Lausitzer Klimacamp von 2012 einigten sich eine Reihe unterschiedlicher Gruppen auf folgende Definition:

„Energiedemokratie bedeutet, sicherzustellen, dass jeder Zugang zu genug Energie hat. Die Energie muss jedoch so produziert werden, dass sie weder Umwelt noch Menschen schädigt oder gefährdet. Das bedeutet konkret, fossile Rohstoffe im Boden zu lassen, Produktionsmittel zu vergesellschaften und demokratisieren und unsere Einstellung zum Energieverbrauch zu ändern.“¹⁰

Dies ist ein radikales Konzept von Energiedemokratie: fossile Brennstoffe bleiben im Boden, universeller Zugang, Vergesellschaftung der Produktion und gewandelte Einstellung zum Verbrauch.

Trade Unions for Energy Democracy bieten eine Darstellung, die in vielerlei Hinsicht ähnlich ist:

„Ein gewerkschaftlicher Ansatz zur Energiedemokratie lässt sich auf drei große und strategische Ziele ausrichten, nämlich die Notwendigkeit, sich gegen die dominante Agenda der großen Energiekonzerne und ihrer Verbündeten zu wehren, die Notwendigkeit, Teile der öffentlichen Energiewirtschaft zurückzugewinnen, die privatisiert oder vermarktet wurden und die Notwendigkeit, das globale Energiesystem umzustrukturieren, um erneuerbare und CO₂-arme Energie massiv zu steigern, Energieeinsparung aggressiv umzusetzen, eine Schaffung von Arbeitsplätzen und lokale Wertschöpfung zu gewährleisten und eine gemeinschaftliche und demokratische Kontrolle über den Energiesektor durchzusetzen.“¹¹

9 Dieser Abschnitt lehnt sich stark an Conrad Kunzes Beitrag zum Workshop „Strategien der Energiedemokratie“ an, der vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1.-2. Oktober 2015 organisiert wurde.

10 Zitat aus Klimacamp.info auf der Webseite des Büros für eine demokratische Energiewende, siehe: www.energie-demokratie.de

11 Sweeney, S. (2012) Resist, Reclaim, Restructure New York: University of Cornell Global Labour Institute, S. 31.

Auch dies liefert starke, progressive Vorstellungen: einen oppositionellen Ansatz zur Ökonomisierung und Privatisierung, gemeinschaftliche und demokratische Kontrolle, ehrgeizige CO₂-arme Investitionen. Während der Ansatz der Klimagerechtigkeit eine Notwendigkeit zum Umdenken bei den Einstellungen zum Verbrauch geltend macht – und dabei vielleicht Ideen der Wachstumsrücknahme impliziert – fordert das TUED-Konzept die Schaffung von Arbeitsplätzen und kommunalem Wohlstand, was eine keynesianische Agenda heraufbeschwört, die eher mit der herkömmlichen Einstellung zum Wachstum kompatibel erscheint.

Es besteht keine Gewähr, dass der Diskurs zur Energiedemokratie seine progressiven politischen Inhalte bewahren wird. Die Konservative Partei in Großbritannien sprach z.B. von der Notwendigkeit, die Energieproduktion zu dezentralisieren, um „dem Volk Macht“ („power to the people“) zu geben.¹² In der Tat entwickelt sich eine neoliberale Agenda für eine breite CO₂-Wende, die große Monopole aufbricht, um verstärkten Wettbewerb zu erleichtern. Die wichtigsten AkteurInnen sind hier finanziell abgesicherte Einzelhaushalte und Gemeinden, wobei kleinere private PartnerInnen profitieren. Während Energiegenossenschaften gefördert werden, lenkt man nur wenig Aufmerksamkeit auf Hindernisse bei der Teilnahme aufgrund der bereits bestehenden Ungleichheiten von Reichtum und sozialem Kapital. Eine progressive Politik der Energiedemokratie steht selbstverständlich kleinen verteilten StromerzeugerInnen nicht entgegen. Doch im Gegensatz zur neoliberalen Vision steht bei einer fortschrittlichen Agenda universeller Zugang und Vergesellschaftung der Kontrolle im Vordergrund, und nicht die Marktbeziehungen.

Somit ist kurz gesagt die „Energiedemokratie“ wie alle Konzepte umstritten und flexibel. Wir müssen gegenüber der Bedrohung durch eine neoliberale Vereinnahmung wachsam bleiben und uns darum bemühen, radikale politische Inhalte zu bewahren.

¹² Rede von David Cameron auf Einladung von Greenpeace im Dezember 2007. Verfügbar unter: <http://conservative-speeches.sayit.mysociety.org/speech/599729>.



ALTERNATIVEN ZUR ENERGIEDEMOKRATIE

Energiedemokratie ist nicht der einzige Begriff, der verwendet wird, um politische Ansprüche gegenüber einer emanzipatorischen Energiewende geltend zu machen. Ein entscheidender Nachteil des aktuellen Diskurses ist dessen begrenzte Zugkraft im globalen Süden. Global Justice Now, eine NRO mit Sitz in Großbritannien, verwendet den Begriff „Energiegerechtigkeit“, da sie dies als passender für die Darstellungen ihrer Verbündeten aus dem Süden erachtet. In Katalonien und Lateinamerika ist der bevorzugte Begriff „Energiesouveränität“, denn er beinhaltet eine deutlichere Zurückweisung von Imperialismus und Kolonialismus. Einige WissenschaftlerInnen und die britische Aktionsgruppe Platform haben die Idee von „Energie als Allgemeingut“ entwickelt, die den Wunsch nach kollektivierter, partizipativer Kontrolle zeigt, im Gegensatz zu Privatisierung und Staatswirtschaft von oben nach unten.

Die Koexistenz von Energiedemokratie neben einer Vielzahl alternativer Konzepte ist nicht unbedingt ein Problem. Es ist eher besser, wenn Bewegungen die Begriffe definieren, die sich am besten eignen, um ihre politischen Ziele zu erfüllen, und zwar unter ihren Funktionsbedingungen. Europäische Gruppen, die Energiedemokratie fordern, müssen jedoch in Solidarität mit jenen handeln, die sich an der Front des auf fossile Brennstoffe ausgerichteten Kolonialismus im globalen Süden befinden. Wir müssen also alles tun, um die Energiedemokratie davor zu bewahren, ein eurozentristisches politisches Projekt zu werden und zu gewährleisten, dass die politischen Ansprüche unter dem Banner der Energiedemokratie mit den Bedürfnissen und Interessen der Kämpfe anderswo harmonieren.

KONKRETISIERUNG DER ENERGIEDEMOKRATIE

Aktive Energiedemokratie war traditionell in kleinem Maßstab auf Gemeindeebene bei Genossenschaften für erneuerbare Energien angesiedelt. Doch in den letzten Jahren haben sich neue Möglichkeiten für die Energiedemokratie auf kommunaler und nationaler Ebene eröffnet. Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über diese verschiedenen Optionen für die Umsetzung von Energiedemokratie.

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Energiegenossenschaften sind Firmen, die von ihren Mitgliedern geleitet werden: Einzelpersonen, die in die Genossenschaft investieren, um die Erzeugung neuer erneuerbarer Energie zu finanzieren oder (seltener) VerbraucherInnen, die Strom von der Genossenschaft kaufen. Die erzeugte Energie wird in der Regel wieder an das nationale Stromnetz verkauft, obgleich sich nun die Möglichkeit für lokale Energiemärkte eröffnet. In Ländern, in denen Energiegemeinschaften florieren, ist dies vor allem auf „Einspeisetarife“ zurückzuführen: Subventionen, die Genossenschaften eine großzügige Rate für die Energie bieten, die sie ans Netz verkaufen. Dies gilt sicherlich für die Renaissance bei gemeinschaftlichen erneuerbaren Energien in Deutschland, doch sollen diese Subventionen 2017 beendet werden, so dass die Zukunft der „Energiewende“ in Deutschland in Frage steht.

Energiegenossenschaften bilden sich weltweit in großer Zahl, so dass Millionen von Menschen zu aktiven ProduzentInnen der Energie werden, die sie selbst verbrauchen. Ein Problem ist jedoch die Erreichbarkeit dieses Modells über privilegierte Mittelklasse-InvestorInnen hinaus. Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ist in der Regel abhängig von einer finanziellen Mindestbeteiligung. Somit besteht ein wesentlicher Faktor zur Bestimmung des progressiven Potenzials eines Genossenschaftsmodells darin, auf welche Höhe die finanzielle Mindestbeteiligung festgelegt ist: Während einige eine Beteiligung von mehreren hundert Euro erfordern, können Genossenschaften diese so niedrig ansetzen, wie es ihres Erachtens wünschenswert ist. In der Praxis bedeutet die Notwendigkeit, ausreichend Kapital zu bekommen oft, dass eine beträchtliche Mindestbeteiligung gefordert wird. Selbst bei einer niedrigen Mindestbeteiligung können zudem nur diejenigen, die in der Lage sind, große Investitionen zu tätigen, auch einen bedeutenden Gewinn erwarten.



Genossenschaften sind in gewissem Sinne noch immer eine Form der privaten Kontrolle: Während Genossenschaften oft entscheiden, wesentliche Anteile ihrer Umsätze in soziale und ökologische Anliegen und die lokale Wirtschaft zu reinvestieren, wird der verbleibende Umsatz als Gewinn an die einzelnen Mitglieder verteilt. Aus diesen Gründen hat Berliner Energietisch – eine Kampagne für partizipatives öffentliches Eigentum der Energie in Berlin – beschlossen, nicht die Präferenz einiger Berliner AktivistInnen für ein teilweise kooperatives Eigentum am Verteilungsnetz der Stadt zu übernehmen, sondern sich für ein vollständiges Eigentum durch das Land Berlin entschieden.

Dennoch bleiben Genossenschaften eine wichtige Alternative zur Unternehmenskontrolle. Ein nutzbringender Bereich, den es weiter auszuloten gilt, ist das Potenzial für Partnerschaften zwischen dem Staat und Genossenschaften. Schottland hat vor kurzem eine staatliche Stelle eingerichtet, Community Energy Scotland (CES), um billige Kredite an Gemeinden zu vergeben, die Genossenschaften für erneuerbare Energien entwickeln wollen, wodurch Genossenschaften eine Kapitalquelle erhalten, die eine niedrigere Mindestbeteiligung ermöglicht und so erhöhte Zugänglichkeit verspricht. Allein 2012 unterstützte CES 302 Projekte, Schottland strebt damit an, bis 2020 100 % Energie durch erneuerbare Quellen zu erzeugen.¹³

REKOMMUNALISIERUNG

Die Städte erweisen sich nun als wichtigste AkteurInnen beim Aufbau von Energiedemokratie. Deutschland bietet ein inspirierendes Beispiel: Nach der Massenprivatisierung in den 1990er Jahren wurden zwischen 2007 und 2012 60 neue gemeinnützige Versorgungsunternehmen (Stadtwerke) in kommunalem Eigentum gegründet, wodurch mehr als 190 Verteilnetz-Lizenzen in kommunale Hand zurückkehrten.¹⁴

Die Rückkehr unter kommunale Kontrolle ist jedoch keine Garantie für ein Modell, das sich wesentlich von der Privatisierung unterscheidet. Vielmehr müssen sich soziale Bewegungen organisieren, um der Rekommunalisierung eine radikalere, demokratischere Richtung zu geben. Dies wurde kürzlich von der Berliner Energietisch-Kampagne versucht, die ein stadtweites Referendum über ihre Forderungen nach Rekommunalisierung des Stromverteilungsnetzes und die Gründung neuer Stadtwerke erzwang, um

13 Kunze, C. und Becker, S. (2014) Energiedemokratie in Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Verfügbar unter: <http://rosalux-europa.info/publications/books/Energy-democracy-in-Europe/>.

14 Hall, D. van Nieker, S. Nguyen, J. und Thomas, S. (2013) „Energy Liberalisation, Privatisation and Public Ownership“ London: Public Services International Research Unit.

100 %-ig in erneuerbare Energie zu erschwinglichen Preisen unter partizipativer demokratischer Kontrolle zu investieren. Dieses Referendum hat sie knapp verloren. Der Energietisch hatte eine Reihe von Vorschlägen für die Demokratisierung der kommunalen Kontrolle:

1. ein Vorstand, der zu 1/3 aus PolitikerInnen, 1/3 aus ArbeiterInnen und 1/3 aus gewählten BürgerInnen besteht,
2. Jahresnachbarschaftsversammlungen, um über die Fortschritte des Unternehmens zu diskutieren, Kritik zu üben und zu beraten,
3. eine unabhängige Ombudsperson, welche die Bedenken der BürgerInnen übermittelt, und
4. eine Standardverpflichtung zu absoluter Transparenz.

AktivistInnen in Großbritannien haben sich kürzlich auf die Möglichkeit konzentriert, Energiedemokratie über die kommunalen Pensionsfonds zu finanzieren. Derzeit sind die kommunalen Pensionsfonds für staatliche Angestellte stark in der Branche für fossile Brennstoffe investiert. Sollten sich die Gemeinden von fossilen Energieträgern trennen und in neue erneuerbare Kapazitäten investieren, könnten sie genug Energie erzeugen, um ganz Schottland mit Strom zu versorgen.¹⁵

15 Platform, 350.org, Community Reinvest, Friends of the Earth, Friends of the Earth Scotland (2015) „Local government pensions, fossil fuels and the transition to a new economy“. Verfügbar unter: http://gofossilfree.org/uk/wp-content/uploads/sites/3/2015/08/Council_Pensions_Divest-Reinvest_briefing.pdf.



ZENTRALSTAATSBESITZ

Es scheint unwahrscheinlich, dass der Übergang zur Energiedemokratie allein auf lokaler oder kommunaler Ebene erfolgen kann. Es besteht die Notwendigkeit für eine groß angelegte Koordination, Umverteilung und Investition, und derzeit ist der Zentralstaat die einzige Ansammlung von Institutionen, die dies ermöglichen kann. Uruguays Links-Regierung verfolgt ehrgeizige Investitionen in Windkraft mit dem Ziel, bis 2017 38 % der Produktion aus Wind bereitzustellen und schließlich 100 % aus erneuerbaren Energien zu erreichen.¹⁶ Die meisten dieser neuen Investitionen stammen aus Uruguays staats-eigenem Versorgungsunternehmen, womit diese „Energierévolution“ einen nahezu universellen Zugang zur Energie sicherstellt. Uruguays öffentliches Versorgungsunternehmen besitzt echte Unterstützung in der Bevölkerung. Breiter Protest wurde wiederholt zur Unterstützung des Unternehmens und gegen die Privatisierung mobilisiert. Zwar gibt es viel zu feiern, doch sollte Uruguays Fall nicht idealisiert werden. Die installierte erneuerbare Technologie wird von ausländischen Privatunternehmen importiert. Mittlerweile gibt es wenig demokratische Beteiligung in der Unternehmensführung.

Platform hat untersucht, welche Rolle staatliche Institutionen beim Aufbau von Energiedemokratie in Großbritannien spielen könnten. Wäre nach ihren Berechnungen das Nordseeöl mit einer Rate wie in Norwegens Regelung besteuert worden, hätte man zwischen 2002 und 2008 dadurch £ 74 Mrd. eingenommen, genug, um eine Vielzahl anspruchsvoller sozialer und ökologischer Maßnahmen zu finanzieren. Platform empfiehlt einen staatlich geplanten Ausstieg aus dem Nordseeöl, und zwar über eine Steuerregelung, die zwei Drittel der Reserven im Boden belässt, während das restliche Öl über einen Zeitraum von Jahren langsam gefördert wird.¹⁷ Darüber hinaus hat Platform die Einrichtung eines oder mehrerer öffentlicher Unternehmen vorgeschlagen, die in neue Offshore-Windkapazitäten investieren.

16 Parks, K. (2015) „Uruguay Spends \$2.6 Billion to Become South America Wind Leader“. Verfügbar unter: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-06-17/uruguay-spends-2-6-billion-to-become-south-america-wind-leader>

17 Platform (2014) „The Secret Figures Behind North Sea Oil“. Verfügbar unter: <http://platformlondon.org/scotland/>

Grund zur Vorsicht aber liefert der kürzliche Fall der Greenpeace-Kampagne gegen die Pläne des schwedischen staatlichen Energieversorgers Vattenfall, den Braunkohletagebau in Deutschland zu erweitern. Greenpeace konnte aus Vattenfalls Status als staatliches Unternehmen einen Vorteil erzielen und als Reaktion auf die umweltschädlichen Investitionen des Unternehmens in schwedischem Besitz öffentlichen Druck im Land aufbauen. Dies erwies sich als ausreichend, um PolitikerInnen zur Verabschiedung eines Gesetzes zu bringen, das Vattenfalls Pläne zur Ausweitung seines Braunkohlebetriebs aufhielt. Als Reaktion darauf kündigte Vattenfall an, dass man selbst den Betrieb zwar nicht erweitern, aber die neu gebauten Minen verkaufen würde. Aufgrund einer schwedischen Verordnung, die vorsieht, dass öffentliche Unternehmen ausschließlich auf Grundlage kommerzieller Interessen handeln müssen, war der Staat machtlos, das Unternehmen im eigenen Besitz daran zu hindern, gegen seinen Willen zu handeln. Ebenfalls Anlass zur Sorge gibt der Fall des südafrikanischen staatlichen Versorgungsunternehmens Eskom, das vor kurzem auf eine Stromkrise mit einer Welle wahlloser Abschaltungen reagierte und damit Millionen vom Energiezugang abschnitt.

Besteht die Gefahr, dass staatliche Versorgungsunternehmen, sobald sie eine bestimmte Größe erreichen, zu mächtig werden, um vom Staat kontrollieren zu werden? Wie kann ein Ethos partizipativer Demokratie in den Großbetrieben des Staates gewahrt bleiben? Wie können Staatskonzerne, die unter aktuellen Marktbedingungen handeln, so agieren, dass sie soziale oder ökologische Ziele priorisieren? Haben Staatsunternehmen, wenn sie sich weigern, kommerziellen Erfolg zu maximieren, eine Chance im Wettbewerb? Die Schlussfolgerung scheint darin zu bestehen, dass sich zumindest die Marktbedingungen ändern müssen, damit die staatlichen Unternehmen so florieren, wie wir es möchten. Im Wesentlichen bleiben öffentliche Unternehmen im Kapitalismus immer beschränkt: So lange staatliche Prozesse in sozialen Beziehungen eingebettet sind, die eine Akkumulation durch Wettbewerb voraussetzen, werden sie sich schwer tun, soziale und ökologische Ziele zu verwirklichen. Von daher kommen auch wir zu dem Schluss, der kürzlich öffentlich von Naomi Klein betont wurde: Die erforderliche CO₂-Wende kann nur durch eine grundlegende Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse geschehen.



PROGRESSIVE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Der Neoliberalismus hat alle Aspekte unserer Gesellschaften durchdrungen und dabei unsere sozialen Institutionen, unsere individuellen und kollektiven Verhaltensweisen und unsere Identitäten rund um die Interessen des Kapitals geformt. Unsere öffentlichen Einrichtungen werden zunehmend als Unternehmen geführt und von Menschen besetzt und verwaltet, die zu Führungskräften in Unternehmen ausgebildet wurden.

Ioannis Margaritis, Vizepräsident der griechischen staatlichen Stromnetzbetreiber-gesellschaft, hat beschrieben, wie Syriza, als sie an die Macht kam, feststellen musste, dass sie eine Reihe von Institutionen mit tief verwurzelten Organisationskulturen der neoliberalen *öffentlichen Reformverwaltung* geerbt hat. Dies ist ein System der öffentlichen Verwaltung, beruhend auf Bürokratie, Anreizen und Zielen von oben nach unten, strengen Hierarchien und einer ökonomisierten Vision von Serviceleistung basierend auf „VerbraucherInnenwahl“, Preis-Leistungsverhältnis und Wirtschaftlichkeit. Doch der Linken mangelt es an eigenen differenzierten Theorien zur öffentlichen Verwaltung, so dass Syriza ohne Ideen oder Mechanismen für institutionelle Veränderungen blieb.

Die Organisationsprivatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ist ein allgemeiner Trend und hat für die Linke immer wieder zu Problemen geführt. Die Welle erneuter Verstaatlichungen in Venezuela und Bolivien erbrachte z.B. gemischte Erfolge, und in einigen Fällen schlimmes Chaos. Laut dem Wissenschaftler Daniel Chavez liegt dies im Wesentlichen in der Unfähigkeit begründet, die Kultur der Institutionen von der öffentlichen Reformverwaltung zu entfernen, sobald der Staat die Kontrolle übernimmt.

ENERGIEARMUT

Während der Energiezugang schon lange als wichtiger Punkt im Kampf um Gerechtigkeit im globalen Süden erkannt wurde, blieben in den letzten Jahren Millionen in ganz Europa ohne Zugang zur Energiegrundversorgung, die für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist. Energiearmut wird von einer Reihe unmittelbarer Ursachen bestimmt, v.a. von deutlich steigenden Rechnungen, sinkenden Einkommen und schlechter Wohnqualität. Diese direkten Faktoren werden durch die Auswirkungen der Marktliberalisierung und Privatisierung auf a) die Energiepreise, die es den Unternehmen erlauben, von steigenden Rechnungen zu profitieren und b) den Wohnungsmarkt, den viele von uns der Gnade preistreibender VermieterInnen überlassen, die nicht an Gesundheit oder Wohlbefinden ihrer MieterInnen interessiert sind, untermauert. Zusätzlich wird dies durch die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf Löhne und Sozialleistungen verstärkt.

Das Ausmaß des Problems wird im Folgenden in drei verschiedenen europäischen Kontexten erläutert.

> **Spanien und Katalonien:** 17 % der Menschen in Spanien haben nun Mühe, für die Grundversorgung zu zahlen: Strom, Gas und Wasser.¹⁸ 2012 haben Energieunternehmen den Energiezugang zu 1,4 Millionen spanischer Haushalte abgeschaltet.¹⁹ In Katalonien liegt der Strompreis bei 27,6 % des EU-Durchschnitts, wobei sich die Preise im letzten Jahrzehnt verdoppelt haben.²⁰ Über 50 % der Rechnungen der Menschen in Katalonien haben nichts mit ihrem Verbrauch zu tun: Die Energieunternehmen haben die Kosten der Entschädigung für Erdbeben durch Erdgasspeicher auf die VerbraucherInnen abgewälzt, die auch die Rechnung für die jüngste Wasserprivatisierung der Region zahlen müssen.²¹

18 Asociación de Ciencias Ambientales (2014) „7 millones de ciudadanos tienen dificultades para pagar las facturas de energía“ Verfügbar unter: <http://www.cienciasambientales.org.es/index.php/noticias/331-7-millones-de-ciudadanos-tienen-dificultades-para-pagar-las-facturas-de-energia-.html>

19 Vidales, R. (2013) Las eléctricas cortaron la luz de 1,4 millones de viviendas en 2012. Verfügbar unter: http://sociedad.elpais.com/sociedad/2013/11/25/actualidad/1385413127_290093.html.

20 La asociación de los consumidores de energía (2014) „Precios Europeos de la Energía“. Verfügbar unter: <http://www.rankia.com/foros/economia/temas/2277825-comparativa-europea-precios-energia-espanoles-no-merecemos-esto>.

21 Aigua es vida (n.d.) El Que El Rebut De L'aigua No Explica. Verfügbar unter: https://plataformaiguaesvida.files.wordpress.com/2013/11/rebut_aigua_a4.jpg.

> **Großbritannien:** Rund 10.000 Menschen sterben jeden Winter wegen kalten Wohnungen. Unterdessen haben die sechs großen Energieunternehmen, die ein 90%iges Monopol über den britischen Energiesektor besitzen, ihre Profite zwischen 2007 und 2013 verzehnfacht.²² 4 Millionen Haushalte in Großbritannien haben Schulden bei ihrem Energieversorger²³ und 4,7 Millionen Menschen wird alle paar Monate ihre Stromversorgung abgeschaltet.²⁴ Um ihre Verpflichtung am besten zu umgehen, „gefährdete“ Personen nicht von der Versorgung zu trennen, haben britische Energieunternehmen 2013 rund 600.000 KundInnen gezwungen, Münzzähler zu installieren.²⁵ Bei 100.000 britischen Haushalten sind die Energieversorger im letzten Jahr eingebrochen, um einen Zähler zu installieren.²⁶ Ist einmal ein Münzzähler installiert, wird man von der Versorgung abgeschnitten, wenn man nicht zahlen kann.

> **Bulgarien:** Bulgarien hat eine der höchsten Armutsraten in Europa.²⁷ Es gibt zwar keine rechtlich vereinbarte Definition der Energiearmut in Bulgarien, doch eine aktuelle Studie der Regierung schätzt, dass rund 61 % der Haushalte betroffen sind.²⁸

22 Competition and Markets Authority (2015) „Energy Market Investigation“. Verfügbar unter: https://assets.digital.cabinet-office.gov.uk/media/55070c2040f0b613e6000015/Profitability_of_retail_energy_supply.pdf

23 Christie, S. (2014) „Four million households in debt to energy suppliers“. London: The Telegraph. Verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/finance/personalfinance/household-bills/10781753/Four-million-households-in-debt-to-energy-suppliers.html>.

24 Anonymer Autor (2015) „Fuel poverty leaves millions without energy“. Verfügbar unter: <http://moneyfacts.co.uk/news/gas-and-electricity/fuel-poverty-leaves-millions-without-energy/>.

25 Vyas, D. (2015) „Prepayment meter customers should not be charged a premium“. Utility Week. Verfügbar unter: <http://utilityweek.co.uk/news/prepayment-meter-customers-should-not-be-charged-a-premium/1131082#.ViZt7X6rSUK>.

26 Read, S. (2014) „Households are being left in the cold by prepayment meters“. London: The Independent. Verfügbar unter: <http://www.independent.co.uk/money/spend-save/simon-read-households-are-being-left-in-the-cold-by-prepayment-meters-9817524.html>.

27 Siehe http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:At-risk-of_poverty_or_social_exclusion_rate,_2012_and_2013.png

28 Kornazheva, J. (2015) Ivan Ivanov: Energy Exchange in Bulgaria must be no later than the beginning of 2016. Verfügbar unter: <http://bnr.bg/post/100549034/ivan-ivanov-energiina-borsa-v-balgaria-trabva-da-ima-nai-kasno-do-nachaloto-na-2016-godina>



Seit der Privatisierung sind die Kosten enorm gestiegen, Unterbrechungen sind an der Tagesordnung und dies verschärft die bereits hohe Armut in Bulgarien.

DER KAMPF GEGEN ENERGIEARMUT

In all diesen europäischen Zusammenhängen ist als Reaktion auf den Ernst der Lage eine starke soziale Bewegung entstanden. In Katalonien ist die Allianz gegen Energiearmut ein Netzwerk derer, die an vorderster Front der Energieungerechtigkeit stehen. Sie haben eine Vielzahl von Taktiken angewandt, um Maßnahmen zu verlangen, vom Vortrag von Einzelfällen beim Ombudsmann bis zur Besetzung der Firmenzentrale eines Energieversorgers. Die Kampagne sammelte vor kurzem in weniger als drei Monaten 150.000 Unterschriften für ihre populäre Gesetzesinitiative, die verlangt, dass die Gemeinden Wohnungsräumungen und wahllosen Abschaltungen von Basisdienstleistungen ein Ende bereiten, indem die Beweislast beim Energieversorger liegt, dass man nicht zahlen kann, also einer Umkehr der aktuellen Situation. Durch Druckerzeugung von der Basis hat die Kampagne die Gemeinden erfolgreich überredet, ihr Gesetz zu verabschieden. Die Kampagne drängt nun auf Transparenz über die Daten der Gemeinden zu Abschaltungen und auf eine Studie über die Umsetzung öffentlicher Modelle der Energiebereitstellung.

In Großbritannien arbeitet Fuel Poverty Action in Solidarität mit RentnerInnen, Menschen mit Behinderung, MigrantInnen, Müttern und anderen, die mit Kälte in Wohnungen kämpfen. Die Gruppe verwendet eine Vielfalt von Taktiken und kombiniert praktische Fallarbeit zu den dringendsten Bedürfnissen der Menschen mit Protesten und Medienkommentaren. Die FPA hat einen „Katalog von Energierechten“ erstellt, den eine Reihe von Gruppen international unterstützen und der eine Reihe von Rechten vorschlägt, die vom Recht auf Energie, die wir brauchen, um uns warm zu halten, über Energie, die nicht der Umwelt schadet bis zu einem Energiesystem, das demokratisch und in unserem Interesse geführt wird, reichen.²⁹ Der von der FPA erzeugte Druck führte aufgrund der Routine falscher Gebührenabrechnungen und schlechter Leistungserbringung kürzlich zu einer Untersuchung des britischen Energiemarktes.

²⁹ Fuel Poverty Action (2015) Energy Bill of Rights [Online]. Verfügbar unter: <http://www.fuelpovertyaction.org.uk/home-alternative/energy-bill-of-rights-2/>.

In Bulgarien waren steigende Stromrechnungen der Auslöser für einen spontanen Volksaufstand im Jahr 2013, dessen Proteste in 30 Städten die Regierung schließlich zu Fall brachte. Während die neue Regierung damit begonnen hat, ein € 500 Millionen umfassendes Energieeffizienz-Programm zu implementieren, bleiben die Menschen unzufrieden, da dies als Schritt gewertet wird, die Unterstützung für die radikalere Forderung des Protestes zu untergraben: einer Rückkehr zum öffentlichen Eigentum.

AktivistInnen sind sich darüber einig, dass die Sprache der Brennstoff- oder Energiearmut problematisch ist, denn sie entpolitisiert die Frage, indem sie die Menschen als passive Opfer darstellt, statt als politische AkteurInnen im Kampf gegen Ungerechtigkeit. In ganz Europa haben Regierungen und Unternehmen die Energiearmut als Rechtfertigung für die weitere Förderung fossiler Brennstoffe und die Angriffe auf erneuerbare Energie benutzt und wiederholen die Lüge, dass die Kosten der erneuerbaren Energien daran schuld sind.

Doch dies hat sich ebenfalls als hochproduktiver Bereich erwiesen, um sich zu organisieren. In Katalonien und Großbritannien hatten AktivistInnen zuvor Schwierigkeiten, breite Bewegungen um Fragen der Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie zu mobilisieren. Die Ausrichtung der Kampagnen rund um Energiearmut gewährleistete eine Verbindung mit den unmittelbaren materiellen Realitäten und Kämpfen der Menschen, was zur Bildung verschiedener Allianzen auf unterster Ebene führte und dabei half, ein Bewusstsein für die Probleme der Privatisierung und für die Notwendigkeit zur Machtverschiebung zu schaffen.



GEWERKSCHAFTEN UND GERECHTER ÜBERGANG

Die Bildung des Netzwerks Trade Unions for Energy Democracy – einer internationalen Allianz von Gewerkschaften, die auf die progressive Vision einer demokratisierten CO₂-Wende drängt – ist bei der Integration fortschrittlicher Umwelt- und Arbeitspolitik ein lobenswerter Schritt nach vorne.³⁰ Doch die meisten der großen europäischen Gewerkschaften bleiben unklar und manchmal offen ablehnend gegenüber einer CO₂-Wende.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet in dieser Hinsicht die ArbeiterInnen-Bewegung in Südafrika. Seit 2008 ist Südafrika von einer schweren Stromkrise betroffen, die von ständiger Knappheit, Stromausfällen und -unterbrechungen gekennzeichnet ist. In typisch neoliberaler Schockdoktrin-Manier haben sich Staat und Kapital darum bemüht, aus dieser Krise möglichst noch Profit zu schlagen, da sie darin eine Chance sahen, neue Märkte zu erschließen und neue private Investitionen in Kohle und Kernkraft sowie erneuerbare Energien zu fördern.

Als Reaktion darauf haben mehrere südafrikanische Gewerkschaften ein gemeinsames Widerstandsprogramm ins Leben gerufen. Der jüngste Versuch des Staates, die Energietarife um 25 % zu steigern, konnte durch den von der Bewegung ausgeübten Druck vereitelt werden. Diese Gewerkschaftskoalition agiert unter dem Banner von „einer Million Klimajobs“ und fordert großzügige öffentliche Investitionen in neue Arbeitsplätze bei CO₂-armen Branchen. Die Unterstützung für diese Forderung erzielte eine Petition mit 100.000 Unterschriften, doch der Staat weigerte sich, daraufhin zu handeln. Seit dem tragischen Marikana-Massaker von 2012, bei dem 34 streikende Bergleute erschossen worden waren, weigern sich die Bergbaugewerkschaften, Arbeitsplätze in der gefährlichen mineralgewinnenden Industrie zu verteidigen und verlangen stattdessen den Übergang zu besseren, sichereren Arbeitsplätzen in einer sauberen Industrie.

30 Siehe <http://unionsforenergydemocracy.org/>.

AUSBLICK: STAAT, MACHT, POLITIK

„Die Alternative auf die Frage ‚Was ist Ihre Alternative?‘ besteht in Gegenfragen wie z.B. ‚Alternative für wen?‘ ‚Alternative wozu?‘ und sollte wenn möglich durch die Frage ‚Auf wessen Seite stehen Sie?‘ ersetzt werden.“

Larry Lohmann, Wissenschaftler am The Corner House³²

Dieses Kapitel befasst sich erneut mit einer Reihe von Fragen, die seit einiger Zeit im Mittelpunkt der Energiedemokratie-Debatte stehen: Fragen zu Darstellung, Maßstab, Eigentum, Finanzen, Arbeitsplätzen. Diese Rückkehr auf vertrauten Boden war hoffentlich erhellend, zeigt die Fortschritte, die in den letzten Jahren gemacht wurden, führt neue Schichten der Komplexität ein und erschließt neue Fragen und Möglichkeiten.

Doch wir sollten die Provokation, die unsere Diskussion eröffnet hat, nicht aus den Augen verlieren: Die Energiewende muss *politisiert* werden. Die vielleicht wichtigsten Fragen, die es zu diesem Zeitpunkt zu stellen gilt, sind Fragen der Organisation, Strategie und Macht. Kurz gesagt, und in Anbetracht der Vorschläge, die Larry Lohmann oben anbietet: Wer hat derzeit das Sagen bei der Energiewende, wie könnten bestehende Machtverhältnisse zu unseren Gunsten umgewandelt werden und auf wen, so könnte man hinzufügen, beziehen wir uns bei dieser Übernahme eines geeinten „unser“ oder „wir“ einer Bewegung für die Energiedemokratie?

Für Syriza Ioannis Margaris zeigen die vergangenen Monate, dass die Macht nicht länger in erster Linie auf der herkömmlichen Ebene der Nationalstaaten operiert, sondern eher auf der internationalen Bühne. Als Syriza bei dem Versuch, die nationale Souveränität wiederherzustellen, Kapitalkontrollen einführte, begannen Griechenlands soziale Institutionen zusammenzubrechen. Unsere globalisierte kapitalistische Wirtschaft legt die grundlegenden Notwendigkeiten des Lebens – von Lebensmitteln bis zu Energie und Geld – in die Hände unverantwortlicher und nicht gewählter supranationaler Einrichtungen, seien es transnationale Konzerne und Finanzinstitutionen oder ihre politischen StellvertreterInnen, in diesem Fall verkörpert durch die Troika.

32 Siehe: Swyngedouw, E. (2010) „Apocalypse Forever? Post-Political Populism and the Spectre of Climate Change“. *Theory Culture and Society* 27(2-3), 213-232.

Da Griechenlands soziales Gefüge sich an der Grenze der Belastbarkeit befand, brachte das transnationale Kapital ein entscheidendes Faustpfand an den Verhandlungstisch.

Was für Auswirkungen hatte dies somit für die Energiedemokratie? Wir können den Nationalstaat wegen der Koordination, Umverteilung und Investition in großem Maßstab, die er möglich macht, nicht aufgeben. Doch die neuen staatlichen Institutionen der Energiedemokratie, die wir wollen, bedrohen die Macht des transnationalen Kapitals und werden damit unweigerlich auf starken Widerstand stoßen. Wie können wir eine Wiederholung der griechischen Erfahrung vermeiden? In ganz Lateinamerika haben sich die Regierungen der Linken erfolgreich gegen neoliberale Herrschaft gewehrt. Während wir die Grenzen und Widersprüche der Linkswende in Lateinamerika anerkennen müssen, verdeutlicht der bereits angesprochene Fall Uruguays das progressive Potenzial. Hier hing der Wahlerfolg der Linken von der Mobilisierung eines starken Rückhalts in der Bevölkerung ab, dies sollte also auch das Ziel in Europa sein. Um damit anzufangen, wird es entscheidend sein, ein differenziertes Verständnis davon zu erlangen, wie die transnationale Macht jetzt agiert.

Wir müssen uns auch fragen, welche Art von sozialen Institutionen auf lokaler, kommunaler oder regionaler Ebene geschaffen werden können, die vielleicht einen Anfang damit machen, uns von unserer Abhängigkeit von länderübergreifenden Prozessen zu befreien. Dementsprechend wird die Bildung von Energiedemokratie-Bereichen in Ebenen unterhalb der Nationalstaaten umso wichtiger. Der Fall der kürzlich erfolgten Berliner Bemühungen um eine partizipative kommunale Energiewende kann hier aufschlussreich sein und bietet uns ein konkretes Verständnis davon, wie kommunale Energiepolitik nach dem Vorbild der Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und radikaler Demokratie transformiert werden könnte.

Die Energietisch-Kampagne gibt uns eine Vorstellung von verwandelten und demokratisierten staatlichen Institutionen. Der Neoliberalismus hat zu einer Erosion der Räume für die Politik geführt: Räume, in denen Interessenkonflikte einander begegnen und wo konkurrierende Visionen der sozialen Organisation geäußert werden können. Stattdessen zwingt der Neoliberalismus uns die Illusion der einvernehmlichen Vereinbarung auf: „Wir sind uns alle einig, dass Sparmaßnahmen, Privatisierung und Liberalisierung notwendig

sind“, wird uns gesagt. „Überlassen wir es unseren wirtschaftlich geschulten ExpertInnen, mit ihrer Arbeit weiterzumachen“.33 Um eine Energiedemokratie zu schaffen, müssen neue Bereiche der Politik gewaltsam geöffnet werden: Die Energietisch-Vision gewählter DirektorInnen und Nachbarschaftsversammlungen liefert uns eine Möglichkeit, wie dies geschehen könnte.

Doch auch Berlin bietet Anlass zur Vorsicht. Die Energietisch-Kampagne gewann 83 % der Stimmen in der Volksabstimmung, die sie mit ihren Forderungen erzwang. Aber die Volksabstimmung schaffte es nicht, ein WählerInnen-Quorum zu erreichen, weil das Land Berlin entschieden hatte, den Termin des Referendums von dem der nationalen Wahlen auf einen isolierten späteren Tag zu verschieben, um die Kampagne zu untergraben. Die Institutionen des Stadtstaats – ebenso wie der Nationalstaat und Institutionen der transnationalen Regierung – sind tief in dominante Machtbeziehungen eingebettet und werden somit wahrscheinlich alles tun, um sich radikalen Veränderungen zu widersetzen.

Kurzum, auf welcher Ebene wir uns auch entscheiden, für die Energiedemokratie zu kämpfen, müssen wir – wie bei allen Bemühungen um transformativen Wandel – mit Gegenwind rechnen. Unter dem Neoliberalismus haben sich die Machtverhältnisse auf allen politischen Ebenen tiefer verwurzelt als je zuvor. Doch die Beibehaltung des Status quo erfordert einen weit verbreiteten Glauben an die Lüge, dass diese Machtverhältnisse festgelegt, stabil und von Dauer sind. Macht ist aber in der Tat dynamisch, umstritten und im Fluss. Durch Kampf kann sie verwandelt werden, wie es sich in der Geschichte immer wieder gezeigt hat, wenn Menschen gegen Herrschaft und Unterdrückung gewonnen haben.

Wie also können wir Bewegungen für Energiedemokratie aufbauen, die die notwendige soziale Macht entfalten können, um die Spielregeln neu zu schreiben? Zuerst müssen wir eine kohärente und tragfähige Vision für Arbeit und einen gerechten Übergang entwickeln. Das ist nichts Neues, an dieser Stelle stellt sich die Frage, was in dieser Hinsicht funktioniert hat und was nicht, und was wir anders machen können. Energiearmut ist eine unmittelbare Frontlinie, die wir in Angriff nehmen müssen. Die Erfahrungen in Großbritannien, Katalonien und Bulgarien zeigen das Potenzial für neue politische Allianzen bei der Mobilisierung rund um dieses Problem und bieten die Chance für Solidarität zwischen StudentInnen und RentnerInnen, MigrantInnen und Arbeitslosen, AktivistInnen

33 Cf.: *Theory Culture and Society* 27(2–3), 213–232.

für soziale Gerechtigkeit und UmweltschützerInnen. Inzwischen hat sich die Bewegung für Klimagerechtigkeit nach dem Kater von Kopenhagen wieder aufgerichtet und von ihrem früheren Fehler gelernt, ihre ganze Hoffnung in die von den Konzernen dominierten UN-Prozesse zu legen. Eine konkrete, wenn auch radikale Vision für die Energiedemokratie kann dieser verjüngten globalen Bewegung helfen, ihren Weg über Paris und darüber hinaus zu finden.

Während die Aussichten der Europäischen Linken bei den Wahlen wiederum in der Schwebe sind, scheint der Würgegriff des Neoliberalismus über die Mainstream-Debatte endlich gebrochen zu sein. Von Griechenlands klarem „Oxi!“ über den bemerkenswerten Erfolg der spanischen Linken bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr bis zum überraschenden Sieg von Jeremy Corbyn im letzten Rennen um die Führung der britischen Labour-Partei hat sich eine erneute einmalige Gelegenheit eröffnet. Als Reaktion darauf müssen wir Strategien entwickeln, um innerhalb und außerhalb des Staates und der formalen Politik Macht aufzubauen. Das bedeutet, unsere Unterstützung bei Wahlbemühungen anzubieten, die neue politische Möglichkeiten eröffnen, uns gleichzeitig gegen Vereinnahmung zu wehren, unsere Unabhängigkeit zu wahren und die Mobilisierung von starken Basisbewegungen zu priorisieren, die auf Energiedemokratie drängen, unabhängig von Wahlerfolgen.



ANHANG: HINTERGRUND ZUM BERICHT

Von 1.-2. Oktober 2015 veranstaltete das Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Workshop zu *Strategien der Energiedemokratie*. Der Workshop brachte WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und politische EntscheidungsträgerInnen zusammen und bot Raum für Diskussionen und den Austausch von Wissen und Erfahrung. Dieser Bericht fasst gemeinsame Probleme, Themen und Fragen zusammen, die sich aus dem Workshop ergaben.

Der Workshop war in sechs Abschnitte gegliedert, zu denen es jeweils eine Reihe von Fachbeiträgen gab:

Teil 1: Energiedemokratie, Stromkrise und Alternativen

- Conrad Kunze, Wissenschaftler beim Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ in Leipzig, begann mit einer Einführung des Konzepts der Energiedemokratie einschließlich ihrer Geschichte, divergierenden Definitionen und vielen verschiedenen praktischen Umsetzungen.
- Brian Ashley vom Alternative Information Development Centre in Kapstadt gab im Anschluss einen Überblick über den Gewerkschaftsaktivismus für Energiedemokratie und Klima-Arbeitsplätze als Reaktion auf die Stromkrise in Südafrika.

Teil 2: Erfahrungen mit der alternativen Politik der Energiedemokratie

- Ioannis Margaritis, Vizepräsident der Hellenischen Stromnetzbetreibergesellschaft und Mitglied von Syriza, teilte seine Erfahrungen mit den Herausforderungen bei der Umsetzung von Energiedemokratie auf nationalstaatlicher Ebene in Griechenland.
- Maria Campuzano, eine Aktivistin von Xarxa per la sobirania energitica aus Barcelona, berichtete danach von ihren Erfahrungen mit der Organisation gegen Energiearmut und Privatisierung auf kommunaler Ebene.

Teil 3: Vergesellschaftung kommunaler Energieversorgungsunternehmen und Lieferanten

- Stefan Taschner, ein Aktivist vom Berliner Energietisch, beschrieb den Kampf dieser Kampagne um partizipative demokratische Kontrolle von erneuerbarer Energie in kommu-

nalem Eigentum und konzentrierte sich dabei auf die vorgeschlagenen demokratischen Mechanismen.

- James Angel, der am Kings College London über Energiedemokratie und Alternativen zur Privatisierung des Energiesektors forscht, antwortete darauf mit Reflexionen aus seiner Untersuchung beim Berliner Energietisch, wobei der Schwerpunkt auf dem Ansatz lag, den diese Kampagne gegenüber dem Staat vertrat.

Teil 4: Energiearmut und der Kampf um gerechten Zugang zu Energie

- Laura Hill, eine Aktivistin von Fuel Poverty Action in Großbritannien, beschrieb das ernste Problem der Energiearmut in Großbritannien und ihre Erfahrungen beim solidarischen Kampf mit denen, die sich an vorderster Front dieser Ungerechtigkeit befinden.
- Georgi Medarov von New Left Perspectives, Bulgarien, sprach von der alarmierenden Höhe der Energiearmut in Bulgarien, die Welle der Proteste gegen steigende Strompreise, die die bulgarische Regierung im Jahr 2013 zu Fall brachte und die politischen Folgen dieses Aufstands.

Teil 5: Kontrolle über Energieerzeugung und -verteilung

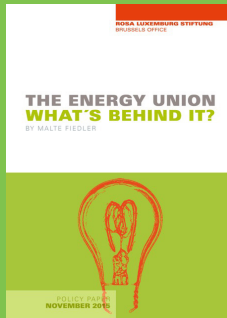
- Mika Minio-Paluello, eine Aktivistin und Forscherin von Platform, einer Aktionsgruppe gegen Öl aus London, gab Auskunft über deren Forschung zu verschiedenen Optionen für den Aufbau einer Energiedemokratie in Großbritannien.

Teil 6: Demokratische Kontrolle staatlicher Energieversorgungsunternehmen

- Daniel Chavez, Wissenschaftler beim Transnational Institute in Amsterdam, entwickelte mit einem Vortrag über die Vorzüge und Grenzen der staatlichen Versorgungsunternehmen in Lateinamerika das Thema des Staates weiter, dabei lag ein besonderer Schwerpunkt auf Uruguays öffentlichen Investitionen in die Windenergie.
- Gunnar Lund, Politikberater für Greenpeace Schweden, beschrieb die Greenpeace-Kampagne gegen den staatlichen Energieversorger Vattenfall und die Lehren für die Zukunft staatlicher Versorgungsunternehmen.

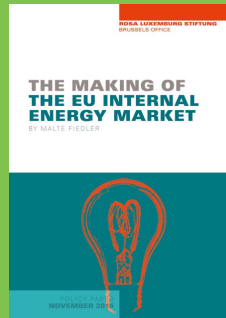


WEITERE PUBLIKATIONEN



The Energy Union: what's behind it? Policy Paper

Malte Fiedler, November 2015
Liegt auf Englisch vor.



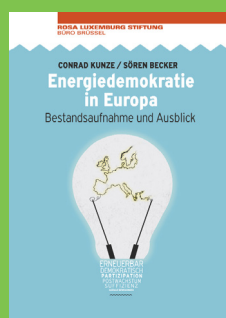
The making of the EU Internal Energy Market. Policy Paper

Malte Fiedler, November 2015
Liegt auf Englisch vor.



A bright future for fossil energy in the EU? Policy Paper

Fabian Hübner, November 2015
Liegt auf Englisch und Französisch vor.



Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick

Conrad Kunze und Sören Becker, Juni 2014
Liegt auf Deutsch und Englisch vor.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
11 avenue Michel-Ange, 1000 Brüssel, Belgien

V.i.S.d.P. Dr. Martin Schirdewan
Brüssel, Februar 2016

Autor James Angel
Übersetzung aus dem Englischen Eurideas

Design & Illustration Mélanie Heddrich
Produktion HDMH sprl

Gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

